

zähler; bei unterschiedlicher Wasserzählergröße getrennt nach der jeweiligen Wasserzählergröße. Befinden sich auf dem Grundstück mehrere Wasseranschlüsse – ohne Wasserzähler – ist Satz 3 i.V. mit Satz 1 2. Anstrich entsprechend anzuwenden.

(2) In dem jeweiligen Veranlagungszeitraum (§ 9 Abs. 5) gilt im Sinne von § 4 Abs. 2 als angefallene Abwassermenge

1. bei öffentlicher Wasserversorgung, der der Entgeltberechnung zugrunde gelegte Wasserverbrauch,

2. bei nichtöffentlicher Trink- und Brauchwasserversorgung die dieser entnommene Wassermenge und

3. das auf Grundstücken anfallende Niederschlagswasser, soweit es als Brauchwasser genutzt wird.

(3) Auf Verlangen des AZV hat der Gebührenschuldner bei sonstigen Einleitungen (§ 7 Abs. 4 Abwassersatzung), bei nichtöffentlicher Wasserversorgung (Absatz 2 Nummer 2) oder bei Nutzung von Niederschlagswasser als Brauchwasser (Absatz 2 Nummer 3) geeignete und geeichte Messeinrichtungen auf seine Kosten anzubringen und zu unterhalten.

Der Gebührenschuldner hat den Einbau dieser Messeinrichtungen vor der Inbetriebnahme dem AZV schriftlich anzuzeigen und durch ihn abnehmen zu lassen. Der AZV nimmt die Messeinrichtungen ab und verplombt diese. Der Gebührenschuldner trägt die dem AZV dafür entstehenden notwendigen Kosten. § 12 Abs. 2 und 3 Abwassersatzung gelten entsprechend.

§ 6 – Absetzungen

(1) Wassermengen, die nachweislich, z.B. infolge privater, gewerblicher, gärtnerischer und landwirtschaftlicher Nutzung sowie produktionsbedingter Prozesse (Verdampfung, Eingang ins Produkt), nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet wurden, werden auf Antrag des Gebührenschuldners bei der Bemessung der Abwassergebühr abgesetzt. Als Nachweis zur Ermittlung der nicht eingeleiteten Wassermengen dient dabei grundsätzlich eine geeignete, vom AZV abgenommene Messeinrichtung, soweit vom AZV nicht anders gefordert. Die Kosten für den Nachweis trägt der Antragsteller.

(2) Für landwirtschaftliche Betriebe soll der Nachweis durch Messungen eines besonderen Wasserzählers erbracht werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass über diesen Wasserzähler nur solche Frischwassermengen entnommen werden können, die in der Landwirtschaft verwendet werden und deren Einleitung als Abwasser nach § 6 Abwassersatzung, insbesondere Abs. 2 Nr. 3, ausgeschlossen ist. § 6 Abs. 1 Satz 2 Abwassersatzung findet keine Anwendung.

(3) Wird bei landwirtschaftlichen Betrieben die abzusetzende Wassermenge nicht durch Messungen nach Abs. 2 festgestellt, werden die nicht eingeleiteten Wassermengen pauschal ermittelt. Dabei gilt als nicht eingeleitete Wassermenge im Sinne von Abs. 1:

1. je Vieheinheit bei Pferden, Rindern, Scha-

fen, Ziegen und Schweinen 15 m³/Jahr und 2. je Vieheinheit Geflügel 5 m³/Jahr.

Der Umrechnungsschlüssel für Tierbestände in Vieheinheiten zu § 51 des Bewertungsgesetzes ist entsprechend anzuwenden. Für den Viehbestand ist der Stichtag maßgebend, nach dem sich die Erhebung der Tierseuchenbeiträge für das laufende Jahr richtet. Diese pauschal ermittelte, nicht eingeleitete Wassermenge wird von der gesamten verbrauchten Wassermenge im Sinne von § 5 Abs. 2 abgesetzt. Die danach verbleibende Wassermenge muss für jede für das Betriebsanwesen einwohnermelderechtlich erfasste Person bzw. bei gewerblich genutzten Grundstücken für jede vollbeschäftigte Person, die sich dort während des Veranlagungszeitraumes nicht nur vorübergehend aufgehalten hat bzw. beschäftigt war, mindestens 20 m³/Jahr betragen. Wird dieser Wert nicht erreicht, ist die Absetzmenge entsprechend zu verringern. Abs. 1 Satz 2 findet keine Anwendung.

§ 7 – Höhe der Abwassergebühren

(1) Die Abwassergrundgebühr für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung

1. sofern das Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet auch durch ein Klärwerk gereinigt wird beträgt pro Wasserzähler und Monat bei einer Wasserzählergröße

bis zu 2,50 m³/h	7,00 €
ab 2,51 m³/h bis zu 6,00 m³/h	16,80 €
ab 6,01 m³/h bis zu 10,00 m³/h	28,00 €
ab 10,01 m³/h bis zu 15,00 m³/h	42,00 €
ab 15,01 m³/h bis zu 40,00 m³/h (bis DN 80 mm)	112,00 €
ab 40,01 m³/h bis zu 60,00 m³/h (über DN 80 mm bis DN 100 mm)	168,00 €
über 60,00 m³/h (über DN 100 mm)	280,00 €

2. sofern das Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet nicht durch ein Klärwerk gereinigt wird, beträgt pro Wasserzähler und Monat bei einer Wasserzählergröße

bis zu 2,50 m³/h	3,00 €
ab 2,51 m³/h bis zu 6,00 m³/h	7,20 €
ab 6,01 m³/h bis zu 10,00 m³/h	12,00 €
ab 10,01 m³/h bis zu 15,00 m³/h	18,00 €
ab 15,01 m³/h bis zu 40,00 m³/h (bis DN 80 mm)	48,00 €
ab 40,01 m³/h bis zu 60,00 m³/h (über DN 80 mm bis DN 100 mm)	72,00 €
über 60,00 m³/h (über DN 100 mm)	120,00 €

(2) Die Entsorgungsgebühr für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung

1. sofern das Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet auch durch ein Klärwerk gereinigt wird:

beträgt je m³ Abwasser 2,53 €

2. sofern das Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet nicht durch ein Klärwerk gereinigt wird:

beträgt je m³ Abwasser 0,94 €

§ 8 – Gewichtung von Schmutzwasser

(1) Bei Abwassereinleitungen in ein Klärwerk größer als 5 % des jährlichen Gesamtabwasseranfalls im Klärwerk wird ab Antragstellung eine Gebührenminderung gemäß § 14 Abs. 2 SächsKAG bei der Entsorgungsgebühr nach § 7 Abs. 2 Ziffer 1 gewährt, wenn für die Parameter CSB und BSB₅ die Grenzwerte nachweislich mindestens die Hälfte niedriger sind als bei häuslichem Abwasser und die Grenzwerte des häuslichen Abwassers für die Parameter Phosphat und Stickstoff nicht überschritten werden. Die Minderung beträgt 0,27 Euro/m³.

(2) Für häusliches Schmutzwasser gelten folgende Grenzwerte:

CSB	800,00 mg/l
BSB ₅	400,00 mg/l
Phosphat	17,00 mg/l
Stickstoff	73,00 mg/l

(3) Die Grenzwerte des Schmutzwassers werden vom AZV durch Tagesmischproben ermittelt. Der Ermittlung ist mindestens eine Probe pro Halbjahr zugrunde zu legen. Dabei gilt das arithmetische Mittel aller im Erhebungszeitraum vorgenommenen Messungen.

(4) Ergibt sich durch Messungen und Untersuchungen, dass eine Gebührenminderung nicht berechtigt ist, trägt der Gebührenschuldner die Kosten der Messungen und Untersuchungen. § 12 Abs. 2 und 3 Abwassersatzung gelten entsprechend.

(5) Der Gebührenschuldner kann auf seine Kosten durch Gutachten eines amtlich anerkannten Sachverständigen die Grenzwerte seines Abwassers ermitteln. Der Gebührenschuldner hat den AZV vor der Einholung eines Gutachtens schriftlich zu benachrichtigen. Der AZV kann verlangen, dass die Messungen und Untersuchungen regelmäßig wiederholt und ihm die Ergebnisse vorgelegt werden.

§ 9

Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld, Veranlagungszeitraum

(1) Die Pflicht, Gebühren zu entrichten, entsteht jeweils zu Beginn des Veranlagungszeitraumes (Abs. 5), frühestens jedoch mit der Inbetriebnahme der Grundstücksentwässerungsanlagen oder dem Beginn der tatsächlichen Nutzung.

(2) Die Gebührenschuld entsteht in den Fällen des

§ 7 Abs. 1 Ziffer 1,

§ 7 Abs. 1 Ziffer 2

§ 7 Abs. 2 Ziffer 1 sowie

§ 7 Abs. 2 Ziffer 2

jeweils zum Ende des Veranlagungszeitraumes (Abs. 5) für den jeweiligen Veranlagungszeitraum.

(3) Die Abwassergebühren nach Abs. 2 sind zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

(4) Entsteht oder endet die Gebührenpflicht im Laufe des Veranlagungszeitraumes (Abs. 5), so wird die Abwassergrundgebühr (§ 7 Abs. 1) für jeden angefangenen Monat der Gebührenpflicht mit 1/12 berechnet